

30./X. 1918

Der österreichisch-ungarische Friedensschritt und die deutsche Regierung.

Wien, 29. Oktober.

Gegenüber den von verschiedenen inländischen Blättern gebrachten Mitteilungen, von denen sich eine auf eine Unterredung mit dem hiesigen deutschen Botschafter beruft, sind wir ermächtigt, nachstehendes festzustellen:

Die kaiserlich deutsche Regierung war durch wiederholte Mitteilungen der maßgebenden Stellen Oesterreich-Ungarns seit längerem in Kenntnis, daß die Monarchie den Krieg höchstens bis zu einem bestimmten Zeitpunkte fortführen könne.

Unmittelbar nach dem Antritt des Grafen Andrássy am 26. Oktober hat der Kaiser dem deutschen Kaiser in einem freundschaftlichen Telegramm in unzweideutiger Weise mitgeteilt, daß Oesterreich-Ungarn nunmehr veranlaßt sei, den entscheidenden Schritt in der Friedenssache zu unternehmen. In einer am selben Tage zwischen dem Minister des Aeußeren und dem kaiserlich deutschen Botschafter in Wien stattgehabten Unterredung war letzterer gleichfalls auf den bevorstehenden Schritt der Monarchie vorbereitet worden. Noch vor Absendung der Note an den Präsidenten der Vereinigten Staaten fand dann am 27. d. eine hierauf bezügliche Unterredung zwischen dem Grafen Andrássy und dem Grafen Wedel statt.

Der Sonderfriede und Deutschland.

Erklärungen des Ministerpräsidenten Doktor Sammasch gegenüber einem unserer Mitarbeiter.

Wien, 29. Oktober.

Ich spreche meine Ueberzeugung aus, daß es gewiß im Interesse Oesterreich-Ungarns gelegen wäre, daß wir uns gemeinsam mit Deutschland an den Friedensstisch setzen.

Darin stimme ich mit dem Grafen Wedel überein. Wenn auch Graf Wedel vielleicht insofern überrascht war, daß ihm die Note nur wenige Stunden vor ihrer Absendung mitgeteilt wurde — der deutschen Regierung ist sie mindestens vierundzwanzig Stunden vorher mitgeteilt worden — so ist doch Graf Wedel zweifellos seit langer Zeit in Kenntnis der Tatsache, daß wir aus militärischen, politischen und insbesondere wirtschaftlichen Gründen den Krieg nicht weiterführen können."

Die deutschösterreichische Nationalversammlung an Wilson.

Wien, 29. Oktober.

Der deutschösterreichischen Nationalversammlung wird morgen eine vom Vollzugsausschusse beschlossene Note an den Präsidenten Wilson zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Den Wortlaut veröffentlichen wir an anderer Stelle.